

Bericht des Wirtschaftsreferates im Zuge der 2.ordentlichen Universitätsvertretungssitzung im Wintersemester 2017 am 18. Januar 2018

Änderungen am Jahresvoranschlag 2017/18

Im Zuge der Einladung zur 2. ordentlichen Universitätsvertretungssitzung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien im Wintersemester 17/18 wurde den Mandatar_innen der Universitätsvertretung der aktualisierte Jahresvoranschlag fristgerecht für das kommende Wirtschaftsjahr zugesandt.

Der Jahresvoranschlag wurde wie im letzten Finanzausschuss besprochen bezüglich der Berechnung der Budgets der Studienvertretungen und Fakultätsvertretungen geändert. Aufgrund der Änderung der Berechnung ändern sich auch die Budgets der autonomen Referate, da diese eine in der Satzung festgelegte Prozentzahl vom Budget der Universitätsvertretung erhalten.

Jahresabschluss

Alle erforderlichen Unterlagen wurden mit Jahresende fristgerecht an die Wirtschaftsprüfung „Auditpartner“ übermittelt. Wir warten derzeit noch auf die gedruckten Exemplare, die dann schnellstmöglich allen Mandatar_innen sowie der Kontrollkommission zugesendet werden.

Anpassung der Gehaltsabschlüsse der öffentlichen Dienstnehmer innen

In Anlehnung an die Gehaltsbeschlüsse der öffentlichen Dienstnehmer_innen für das Jahr 2018 wurden die Gehälter der Angestellten der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien mit 1.1.2018 an die Erhöhung um 2,33% angepasst.

DSGVO Beauftragten

Die Bundesvertretung arbeitet im Moment an einem DSGVO-Compliance Projekt bzgl der neuen EU-Datenschutzverordnung, die ab Mai 2018 in Kraft treten wird und die Bundesvertretung selbst als auch alle lokalen Hochschulvertretung betrifft. Diese Verordnung bringt eine Reihe von Neuerungen im Datenschutzrecht mit sich, wie beispielsweise die Stärkung der Betroffenenrechte oder die Pflicht zur Führung eines Verzeichnisses der Verarbeitungstätigkeiten. Andreas Jahn aus dem Wirtschaftsreferat wird auf Ebene der Hochschüler_innenschaft an der Uni Wien der zuständige Projektkoordinator sein. Das Projekt wird von der Bundesvertretung im Zusammenarbeit mit Kanzlei Cerha Hempel Spiegelfeld Hlawati durchgeführt.